

Engagement für eine sozial gerechtere Gesellschaft und mehr Solidarität

## SoVD startet neue Kampagne

Politikverdrossenheit, ein Zuwachs an extremen Ideologien und eine sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich – das sind nur einige Alarmsignale, die ein zunehmendes Auseinanderdriften der Gesellschaft deutlich machen. Diese Entwicklungen betrachtet der SoVD in Niedersachsen mit großer Sorge. Deshalb startet er seine neue Kampagne „Für mehr Miteinander“, mit der er sich für eine sozial gerechtere Gesellschaft und einen stärkeren Zusammenhalt einsetzt.

„Für mehr Miteinander“ – so lautet das Motto der neuen SoVD-Kampagne, die Niedersachsens größter Sozialverband am 1. Februar startet. „Durch die derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklungen fühlen sich immer mehr Menschen mit ihren Bedürfnissen nicht wahrgenommen und alleingelassen. Das zeigt sich bei uns im Beratungsalltag und auch bei unserer ehrenamtlichen Arbeit sehr deutlich. Für uns ist klar: Dagegen müssen wir etwas tun“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, den Hintergrund der Kampagne.

### Wichtiges Ziel des SoVD: Solidarische Gesellschaft

Seit über 100 Jahren engagiere sich der Verband für mehr soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen wieder mitgenommen fühlen und dass das gesellschaftliche Miteinander gefördert wird. Da dies seit jeher die zentrale Aufgabe des SoVD ist, werden wir uns mit unserer Kampagne genau dafür starkmachen“, so Swinke weiter.

Dabei geht es neben der kompetenten Beratung rund um die Themen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld und Patientenverfügung auch um das soziale Engagement der fast 8.000 ehrenamtlich Aktiven im SoVD. „Diese Menschen sind das Fundament unserer Arbeit, machen unsere politischen Anliegen vor Ort greifbar und geben unseren Mitgliedern eine Stimme“, betont der Vorstandsvorsitzende.

Bei der neuen Kampagne wird eine gerechtere Sozialpolitik im Mittelpunkt stehen. „Hier gibt es noch einiges zu tun – zum Beispiel bei den Themen Pflege, Armut, Demokratieförderung und Klimapolitik. Deshalb wird es auch in ganz Niedersachsen entsprechende Aktionen geben, um Politiker\*innen wachzurütteln“, sagt der niedersächsische SoVD-Chef. Denn er ist davon überzeugt: „Eine sozial gerechte Politik ist die Grundvoraussetzung für ein gutes gesellschaftliches Miteinander. Hier muss mehr getan werden.“

**Ausführlichere Informationen zur neuen SoVD-Kampagne sind unter [www.fuer-mehr-miteinander.de](http://www.fuer-mehr-miteinander.de) abrufbar.**

# „Für mehr Miteinander“



Abbildungen: Steeeg GmbH

Die SoVD-Kampagne wird begleitet von regelmäßigen Beiträgen in den sozialen Medien, die das Engagement des SoVD veranschaulichen.

Hohe Pflegeheimkosten: SoVD in Niedersachsen fordert Übernahme der Investitionskosten

## „Betroffene nicht weiter im Regen stehen lassen“

In Niedersachsen werden Plätze in Pflegeheimen immer teurer – obwohl sich die Zuschüsse erhöht haben. Seit dem 1. Januar müssen Betroffene laut VDEK-Erhebung monatlich 80 Euro mehr zahlen als noch ein Jahr zuvor. Für den SoVD in Niedersachsen ist das ein unhaltbarer Zustand. Denn: Immer mehr Pflegebedürftige müssen Sozialhilfe beantragen, weil sie die Kosten alleine nicht mehr stemmen können. Der SoVD fordert deshalb die Landesregierung auf, ihre Blockadehaltung zu beenden und die Investitionskosten für Pflegeheimplätze zu übernehmen.



Foto: Mittermueller Bildbetrieb

Zahlreiche Pflegeheimbewohner\*innen in Niedersachsen können den Eigenanteil nicht mit ihrem Renteneinkommen finanzieren.

Immer mehr Menschen in Niedersachsen kommen verzweifelt zum SoVD, weil sie die Kosten für einen Pflegeheimplatz nicht mehr zahlen können. „Die Betroffenen wissen meistens nicht mehr weiter. Obwohl viele eine durchschnittliche Rente bekommen, stehen sie finanziell mit dem Rücken zur Wand. Da bleibt dann nur der Gang zum Sozialamt. Das ist wirklich beschämend“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Zwar gebe es neuerdings höhere Zuschüsse für die Pflegeheimkosten, diese

laufen jedoch offensichtlich ins Leere.

„Dass trotz höherer Zuschüsse durch die Pflegeversicherung die Kosten um 80 Euro im Monat gestiegen sind, zeigt deutlich, dass das Ganze zwar gut gemeint, aber bei Weitem nicht ausreichend ist“, so Swinke. Hier müsse dringend nachgebessert werden.

### 20 Prozent des Eigenanteils sind Investitionskosten

„Vor allem muss die niedersächsische Landesregierung endlich eingreifen. Seit Langem fordern wir, dass die Investiti-

onskosten wieder übernommen werden. Sie machen immerhin 20 Prozent des Eigenanteils aus, den Betroffene zahlen müssen“, betont der Vorstandsvorsitzende.

Allerdings blockiere die Politik diese Kostenübernahme. „Dabei wäre das eine schnelle und unkomplizierte Entlastung. Wenn es der Landesregierung ernst ist mit der Unterstützung von Pflegebedürftigen, dann muss die Übernahme jetzt kommen. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dürfen nicht weiter im Regen stehen gelassen werden“, fordert er.